

Stand: Veröffentlichung
Antrag auf Teilnahme am nicht-offenen Realisierungswettbewerb (Bewerbungsformular)

Bewerbungsformular Realisierungswettbewerb mit vorheriger Aufforderung zur Teilnahme (Teilnahmewettbewerb) gem. § 17 VgV

**Erweiterung an der
Gesamtschule Ebsdorfergrund, Heskem**

Gegenstand:	Objektplanungsleistungen für Gebäude gemäß Teil 3, Abschnitt 1 HOAI im Rahmen eines nicht offenen, 1-phasigen Realisierungswettbewerbs nach RPW 2013
-------------	---

Bewerber:	
-----------	--

Auftraggeber: Der Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf
FD Technisches Gebäudemanagement
Im Lichtenholz 60
35043 Marburg

Bearbeiter: Herr FDL Gerrit Schönberger

1. Angaben zur Erfüllung der Mindestvoraussetzungen

1.1 Berufsbezeichnungen

Der Nachweis einer Berechtigung zum Führen der nach Ziffer III.1.10 der Wettbewerbsbekanntmachung erforderlichen Berufsbezeichnung liegt bei als

(Art des Nachweises eintragen, z. B. Kopie Kammerurkunde, Zulassungsurkunde/Architektenausweis)

Siehe Ziffer 4 (Seite 6 / 16)

Juristische Personen und Gesellschaften geben zusätzlich die Stellung der Person an, für die der/die Nachweis/e beigefügt werden, sowie eine Eignungserklärung zur Übernahme der inhaltlichen Projektführung durch diese Person/en. Bei Bietergemeinschaften ist eine solche Erklärung für jedes Mitglied beizufügen.

1.2 Auskunft nach § 73 Abs. 3 VgV zur wirtschaftlichen Verknüpfung mit Unternehmen, die Ausführungs- oder Lieferanteninteressen verfolgen:

Eigenerklärung nach beiliegendem Muster „Erklärung zu § 6 Abs. 2 VgV“ ist mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Bei Bietergemeinschaften ist eine solche Eigenerklärung für jedes Mitglied beizufügen.

Siehe Anlage Nr.: 2a

1.3 Interessenskollision mit anderen Unternehmen § 6 Abs. 2 VgV

Gibt es wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen oder wird auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammen gearbeitet?

(Angabe: ja oder nein)

Wenn ja, entsprechende Auskünfte sind beigefügt

Siehe Anlage Nr.: 2a

1.4 Eigenerklärung zu Ausschlussgründen nach § 123 GWB

Eigenerklärung nach beiliegendem Muster „Erklärung zu § 123 Abs. 1 GWB“ bzw. „§ 124 Abs. 1 GWB“ ist mit der Bewerbung einzureichen. Bei Bietergemeinschaften ist eine solche Eigenerklärung für jedes Mitglied beizufügen.

Siehe Anlage Nr.: 3 und 4

1.5 Besteht eine Bietergemeinschaft?

(Angabe: ja oder nein)

wenn ja:

- Bietergemeinschaft (Namen bzw. vollständige Unternehmerbezeichnung aller Mitglieder), mit Benennung eines Federführers und der Verpflichtung zur gesamtschuldnerischen Haftung gegenüber dem Auftraggeber.

Siehe Anlage Nr.: 2b

- Angaben zur Aufteilung der Leistungserbringung

Siehe Ziffer 4. Angaben zum Unternehmen

- Angabe der Rechtsform gem. § 43 Abs. 3 VgV

1.6 Werden zur Erfüllung des Auftrages Kapazitäten dritter Unternehmen herangezogen (bei Bietergemeinschaften: auch von einzelnen Mitgliedern)?

(Angabe: ja oder nein)

Wenn ja:

Angabe des Umfangs der von diesen dritten Unternehmen zu erbringenden Leistungen und Nachweise, dass die erforderlichen Mittel dem Bewerber zur Verfügung stehen (z. B. Verpflichtungserklärung o. ä. der dritten Unternehmer) müssen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs noch nicht vorgelegt werden. Der Auftraggeber fordert derartige Nachweise gem. § 36 VgV von den Bewerbern nach, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden und behält sich die Überprüfung nach § 36 Abs. 5 VgV, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen, vor Erteilung des Zuschlags vor.

1.7 Erklärung zur Versicherung gemäß § 45 Abs. 4 VgV

Die Erklärung einer Versicherungsgesellschaft, dass sie mit dem Bewerber im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 2,0 Mio. Euro bei Personenschäden und 1,5 Mio. Euro bei Sach- und Vermögensschäden bereit ist abzuschließen oder eine solche Versicherung bereits ständig abgeschlossen ist, ist als Anlage beizufügen.

Siehe Anlage Nr.: 5

2. Weitere Angaben zur Beurteilung der Eignung

2.1 Referenzen für vergleichbare Leistungen:

Eine Präsentation (Max. 2 Blätter DIN A4 mit Abbildungen und/oder Plandarstellungen je Projekt) von 2 Projekten, anhand derer die fachliche Eignung für die anstehenden Leistungen besonders deutlich wird, liegt als Anlage bei. Mindestens eine Referenz muss aus dem Bereich Schul- und Bildungsbauten gem. Anlage 10.2 HOAI stammen.

Siehe Anlage Nr.: 8

Gewertet werden nur solche Projekte, die bereits baulich umgesetzt werden bzw. sind. Die Leistungsphase 8 muss sich in der Umsetzung befinden oder abgeschlossen sein.

Folgende Angaben zu den Projekten sind erforderlich:

- Angabe Ansprechpartner Bauherr (Name, Anschrift, Telefonnummer)
- Angabe anrechenbare Kosten
- Angabe der erbrachten Leistungen
- Angabe Projekttermine
- Projektbeschreibung in Wort und Bild

„Vergleichbar“ ist eine Leistung mit den in diesem Verfahren zu vergebenden Leistungen, wenn Leistungen der Objektplanung für Gebäude nach Ziffer II.2.1) erbracht wurden.

Bei der Baumaßnahme handelt es sich um eine Erweiterung eines bestehenden Schulgebäudes. Der AG legt deshalb besonders Wert auf:

- Erfahrungen im Bau von Schul- und Bildungsbauten
- Erfahrungen in der Umsetzung von baulichen Veränderungen im laufenden Schulbetrieb

Bewerber sind ausdrücklich aufgefordert Angaben zu bereits realisierten Maßnahmen von Schul- und Bildungsbauten zu machen. Erfahrungen mit derartigen Projekten werden bewertet (siehe Bewertungsbogen).

2.2 Angaben zu Beschäftigten

Angaben zum jährlichen Mittel der Beschäftigten und der Führungskräfte in den letzten drei Jahren.

Siehe Anlage Nr.: 7

2.3 Erklärung zum Jahresumsatz

Gesamtumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren in Euro

Siehe Anlage Nr.: 6

2.4 Erklärung über die Richtigkeit der gemachten Angaben

(Ort, Datum)

, den 2023

(Name der vertretungsberechtigten Person in Druckbuchstaben)

3. Teilnahmeantrag zum Realisierungswettbewerb

Bewerber	
<input type="checkbox"/> *)	als <u>Einzelbewerber</u>
<input type="checkbox"/> *)	als <u>bevollmächtigter Vertreter</u> der <u>Bewerbergemeinschaft</u> Die <u>Bewerbergemeinschaftserklärung</u> nach Ziffer III.1.3 der EU-weiten Bekanntmachung ist als Anlage 2b beigefügt.
<input type="checkbox"/> *)	als <u>Mitglied</u> einer <u>Bewerbergemeinschaft</u> Die <u>Bewerbergemeinschaftserklärung</u> nach Ziffer III.1.3 der EU-weiten Bekanntmachung ist als Anlage 2b beigefügt.
nachfolgend als sprachliche Vereinfachung immer als „Bewerber“ bezeichnet	
Wir bewerben uns hiermit um die Teilnahme am Verhandlungsverfahren zur Vergabe der vorgenannten Leistungen und bestätigen hiermit die Richtigkeit aller im Teilnahmeantrag gemachten Angaben	
(vom Bewerber, von jedem Mitglied einer <u>Bewerbergemeinschaft</u> auszufüllen)	
Bei elektronischer Abgabe des Teilnahmeantrags über das Beschafferprofil der Vergabestelle, wird die Richtigkeit mit der gewählten Signaturform erklärt!	
Die Vergabestelle behält sich für diesen Fall das Recht vor, sich im Zuge der Angebotsphase die Richtigkeit aller im Teilnahmeantrag gemachten Angaben bestätigen zu lassen.	

4. Angaben zum Unternehmen

Name des Bewerbers (Büro / Unternehmen) Rechtsform	
Name <input type="checkbox"/> Mitglied Bewerbergemeinschaft Name <input type="checkbox"/> Unterauftragnehmer	
Bezeichnung der ausführenden Niederlassung (falls erforderlich)	
Straße	
PLZ, Ort	
Land	
Ansprechpartner	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Leistungsphase(n) die im Auftragsfall erbracht werden	
Name des projektverantwortlichen Architekten	
Nachweis der Berechtigung des Projektverantwortlichen zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt	Kopie der Bescheinigung der Architektenkammer zur Berufsbezeichnung Architekt hinter dieser Seite einfügen. (Bei ausländischen Bewerbern durch Nachweis entsprechend Richtlinie 2013/55/EU)

Hinweise des Auftraggebers

1. Die Abgabe Ihres Teilnahmeantrages ist ausschließlich in elektronischer Form (digital über das Beschafferprofil der Vergabestelle) zulässig.
2. Bei Bietergemeinschaften sind alle Formulare und Erklärungen von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft komplett auszufüllen und einzureichen. Unterauftragnehmer von Einzelbewerbern haben Formulare und Erklärungen komplett auszufüllen und einzureichen.
3. Die Vordrucke müssen vollständig ausgefüllt werden; Querverweise oder die Bezugnahme auf eigene Anlagen ersetzen das vollständige Ausfüllen der Formulare nicht.
4. Änderungen, Streichungen oder Ergänzungen an den textlichen Vorgaben der Formulare sind nicht zulässig.
5. Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: Siehe Veröffentlichung
6. Beigefügt sind die Wertungsmatrix der Auswahlentscheidung und die vollständigen Unterlagen der Aufgabenbeschreibung.
7. Bewerber-Rückfragen sind ausschließlich über das Beschafferprofil der Vergabestelle zu stellen. Eingegangene Fragen und deren Beantwortung zum laufenden Verfahren, werden stets allen registrierten Bewerbern zur Einsicht zur Verfügung gestellt.
Nicht registrierte Bewerber müssen sich selbstständig und eigenverantwortlich informieren, ob Vergabeunterlagen zwischenzeitlich geändert wurden oder ob die Vergabestelle Fragen zum Verfahren beantwortet hat.
8. Für die elektronische (digitale) Einreichung gilt zusätzlich:
 - a. Die vollständig ausgefüllten Formulare sind digital über das Beschafferprofil der Vergabestelle einzureichen. Die Vergabestelle behält sich vor, die eingereichten Unterlagen/Nachweise über ein Mantelbogenverfahren, digitale Signaturen oder andere Verfahren verifizieren zu lassen.
 - b. Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist zugelassen, allerdings nicht zwingend erforderlich, da die Abgabe in Textform nach §126b BGB (Textform) zugelassen ist. Bei Abgabe des Teilnahmeantrags ist zu beachten, dass nach dem Hochladen aller notwendigen Unterlagen über das Beschafferprofil der Vergabestelle, die gewünschte Signaturform auszuwählen und das Angebot anschließend, entsprechend der gewählten Signatur rechtsverbindlich einzureichen bzw. zu signieren ist. Vom Bewerber ggf. selbst erstellte, unterzeichnete und hochgeladene Unterlagen ersetzen den vor genannten Schritt der Auswahl der Signatur nicht. Die Integrität der Daten und die vertrauliche Behandlung Ihres Teilnahmeantrags sind durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung sichergestellt.
 - c. Mit elektronischer Abgabe eines Teilnahmeantrages wird Einverständnis mit der bekanntgemachten Vorgehensweise erklärt.
 - d. Bitte beachten Sie, dass für die Übermittlung großer Datenvolumen (z.B. bebilderte Referenzblätter oder Pläne) ggf. mehr Zeit einzukalkulieren ist. Übermitteln Sie Ihre Teilnahmeanträge bei digitaler Einreichung rechtzeitig vor dem Einreichungstermin.

Anlage 1

Erklärung zu § 73 Abs. 3 VgV

Mit elektronischer Einreichung der Unterlagen erklären wir, dass die Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen gegeben ist.

Anlage 2 a

Erklärung zu § 6 Abs. 2 VgV

Mit elektronischer Einreichung der gegenständlichen Unterlagen erklären wir, dass

1. wir nicht mit anderen Unternehmen wirtschaftlich verknüpft sind.
 wir mit folgenden Unternehmen auf folgende Art wirtschaftlich verknüpft sind:

2. wir auf den Auftrag bezogen nicht in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeiten werden.
 wir mit folgenden Unternehmen auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise zusammenarbeiten werden:

Anlage 3

Erklärung zu § 123 Abs. 1 GWB

Mit elektronischer Einreichung der gegenständlichen Unterlagen erklären wir, dass für unsere Gesellschaft und ihre gesetzlichen Vertreter keine Ausschlusskriterien gemäß § 123 Abs. 1 GWB bestehen.

Ich versichere, dass keine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt worden ist wegen:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristischer Verfehlung im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

(2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) ¹ Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

² Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben

und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) ¹ Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. ² Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. ³ § 125 bleibt unberührt.

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften gleichgesetzt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Bewerber oder Bieter zuzurechnen, wenn sie für diesen Bewerber oder Bieter bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für den Bewerber oder Bieter handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

Hinweis: Das Vorliegen einer rechtskräftigen Verurteilung wegen eines Deliktes nach § 43 Abs. 3 VgV führt zum Ausschluss des Bewerbers, wenn nicht ein Ausnahmefall des § 123 Abs. 5 GWB gegeben ist. Dabei ist es unerheblich, zu welchem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens der Auftraggeber von der Unzuverlässigkeit des Bewerbers erfährt.

Anlage 4

Erklärung zu § 124 Abs. 1 GWB

Mit elektronischer Einreichung der gegenständlichen Unterlagen erklären wir, dass für unsere Gesellschaft und ihre gesetzlichen Vertreter keine Ausschlusskriterien gemäß § 124 Abs. 1 GWB bestehen.

Ich versichere, dass keine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt worden ist weil:

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

§ 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

Anlage 5

Nachweis der Eignung nach § 45 Abs. 4 VgV

Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung

Eine Berufshaftpflichtversicherung für die zu vergebenden Objektplanungsleistungen ist durch Bestätigung einer EU-Versicherungsgesellschaft nachzuweisen und Ihrem Teilnahmeantrag beizufügen.

Die Deckungssummen dieser Versicherung müssen je Schadensfall mindestens betragen:

- | | | |
|----|----------------------|----------------|
| a) | für Personenschäden | 2.000.000,-- € |
| b) | für sonstige Schäden | 1.500.000,-- € |

Sollte eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung geringere Deckungssummen aufweisen und/oder die Tätigkeit als Objektplaner nicht abdecken, ist durch entsprechende Bestätigung einer EU-Versicherungsgesellschaft die Erhöhung der Deckungssummen bzw. die Versicherung der Tätigkeit als Objektplaner im Auftragsfall nachzuweisen und hinter dieser Seite einzufügen.

Zusätzlich gilt in diesem Fall die nachfolgende Verpflichtungserklärung:

Verpflichtungserklärung

Wir verpflichten uns - spätestens im Auftragsfall - zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus den Objektplanungsleistungen unverzüglich eine Berufshaftpflichtversicherung für Objektplanungsleistungen mit den vorstehenden Deckungssummen abzuschließen.

Anlage 6

Nachweis der Eignung nach § 45 Abs. 4 VgV

Erklärung über den Umsatz (brutto) des Bewerbers, der auf Leistungen der Objektplanung für Gebäude (gem. Teil 3 Abschnitt 1 HOAI) entfällt, aufgeteilt für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre.

Umsatz brutto in €	2020 in €	2021 in €	2022 in €	Mittelwert in €
Gesamtumsatz Objektplanung Gebäude und Innenräume				
Davon für Schul- und Bildungseinrichtungen				

Alle Angaben in brutto €

Anlage 7

Nachweis der Eignung nach § 46 Abs. 3 VgV

Benennung der Anzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte (für jedes Geschäftsjahr getrennt), gegliedert nach Berufsgruppen sowie nach Anzahl, welche im Geschäftsbereich tätig sind, in den die Erbringung der ausgeschriebenen Leistungen fällt.

Abgeschlossenes Geschäftsjahr: Objektplanung Gebäude	2020	2021	2022	Mittelwert
Führungspersonal gemeint sind keine Projektleiter, die für die Leitung der Maßnahme vorgesehen sind.				
Architekten gesamt				
Davon freie Mitarbeiter				
Sonstige Mitarbeiter				

Anlage 8

Nachweis der Eignung nach § 46 Abs. 3 Satz 1 VgV

Referenzen für erbrachte Leistungen

1. Bearbeitungshinweise:

- 1.1 Es werden nur Referenzen berücksichtigt, bei denen ein Ansprechpartner des Auftraggebers/Kunden genannt wird, der im Rahmen der Prüfung des Teilnahmeantrages kontaktiert werden kann. Es sind mindestens 2 Referenzen beizufügen, für die Leistungen der Objektplanung Gebäude gem. Teil 3, Abschnitt 1 HOAI erbracht worden sind.
- 1.2 Gewertet werden nur solche Projekte, bei denen die Leistung des Bewerbers abgeschlossen ist oder sich die Maßnahme baulich in Umsetzung befindet (LPH 8 in Umsetzung).
- 1.3 Gewertet werden nur solche Projekte, die sich auf vergleichbare, in den letzten 5 Jahren erbrachte Leistungen beziehen. Bei baulich abgeschlossenen Projekten muss die LPH 8 innerhalb dieser 5-Jahres-Frist erbracht worden sein (Abschluss LPH 8 ab 2018).
- 1.4 Für den Fall, dass der Bewerber mehr als die geforderten zwei Referenzen einreicht, hat er anzugeben, welche beiden Referenzen der Auftraggeber bei der Auswahlentscheidung berücksichtigen soll. Erfolgt keine Angabe, wird der Auftraggeber die ersten beiden eingereichten Referenzen seiner Auswahl zugrunde legen.

Anlage 8.1: Referenz Objektplanung Gebäude

Projektbezeichnung, Ort	
Auftragnehmer (Unternehmen, welches die Planungsleistungen erbracht hat)	
Auftraggeber	
Art des Auftraggebers	<input type="checkbox"/> Öffentlich <input type="checkbox"/> Privat
Ansprechpartner des Auftraggebers:	Name: Tel.: E-Mail:
Ausführungszeitraum der Leistungen	
Objektplanungsleistungen sind abgeschlossen oder befinden sich aktuell in Leistungsphase	<input type="checkbox"/> abgeschlossen <input type="checkbox"/> (aktuelle Leistungsphase eintragen)
Vergabeart	<input type="checkbox"/> Einzelausschreibung <input type="checkbox"/> GU-Vergabe
Art der Baumaßnahme	<input type="checkbox"/> Neubaumaßnahme <input type="checkbox"/> Sanierung/Umbau/Erweiterung <input type="checkbox"/> Sonstiges:
Gebäudetyp bzw. Nutzungsart	<input type="checkbox"/> Schul- und Bildungseinrichtung <input type="checkbox"/> Sonstige:
Zeitpunkt des Maßnahmenabschlusses (Lph. 8)	
Beauftragter Leistungsumfang / Leistungsphasen	
Planen und Koordinieren der Bauablauflogistik für Umbau und Sanierung im laufenden Betrieb	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, Erläuterung:
Brutto-Baukosten KGR 300+400 gem. DIN 276	<input type="checkbox"/> über 5,0 Mio. € <input type="checkbox"/> 3,0 Mio. € bis 5,0 Mio. € <input type="checkbox"/> 1,0 Mio. € bis 2,99 Mio. € <input type="checkbox"/> unter 1,0 Mio. €

Anlage 8.2: Referenz Objektplanung Gebäude

Projektbezeichnung, Ort	
Auftragnehmer (Unternehmen, welches die Planungsleistungen erbracht hat)	
Auftraggeber	
Art des Auftraggebers	<input type="checkbox"/> Öffentlich <input type="checkbox"/> Privat
Ansprechpartner des Auftraggebers:	Name: Tel.: E-Mail:
Ausführungszeitraum der Leistungen	
Objektplanungsleistungen sind abgeschlossen oder befinden sich aktuell in Leistungsphase	<input type="checkbox"/> abgeschlossen <input type="checkbox"/> (aktuelle Leistungsphase eintragen)
Vergabeart	<input type="checkbox"/> Einzelausschreibung <input type="checkbox"/> GU-Vergabe
Art der Baumaßnahme	<input type="checkbox"/> Neubaumaßnahme <input type="checkbox"/> Sanierung/Umbau/Erweiterung <input type="checkbox"/> Sonstiges:
Gebäudetyp bzw. Nutzungsart	<input type="checkbox"/> Schul- und Bildungseinrichtung <input type="checkbox"/> Sonstige:
Zeitpunkt des Maßnahmenabschlusses (Lph. 8)	
Beauftragter Leistungsumfang / Leistungsphasen	
Planen und Koordinieren der Bauablauflogistik für Umbau und Sanierung im laufenden Betrieb	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, Erläuterung:
Brutto-Baukosten KGR 300+400 gem. DIN 276	<input type="checkbox"/> über 5,0 Mio. € <input type="checkbox"/> 3,0 Mio. € bis 5,0 Mio. € <input type="checkbox"/> 1,0 Mio. € bis 2,99 Mio. € <input type="checkbox"/> unter 1,0 Mio. €